Sonnabend, 23. Februar 1924 · 72. Jahrgang Nr. 93

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe
Einzel-Nr. 10 Goldpfg. = 100 Milld. M.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Einheitsbrot	0,50	Strom: Licht und Kraft	0,42
Schrippe	0,025	Gas .... cbm	0,21
Milch	0,33	Wasser .... cbm	0,21
Umrechngsz.f.Lebensm.	1 Bill	Kurs der Goldmark .	1 Bill
Briketts .... Ztr	1,69	Steuerumrechnungszahl	1 Bill
Koks .... Ztr	2,45	Der Reichsindex	1110 Milld

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch reichlich. **Preise unverändert.**

Rindfleisch 0,90—1,20, ohne Knoch. 0,80—1,00, Kalbfleisch 0,80—1,40, Hammelfleisch 0,80—1,20, Schweinefleisch 0,75—1,20, Gefrierfleisch 0,50—0,80, Rückenfett 0,90—1,10, Schweineliesen 0,90—1,00, Rindertalg, ausgelassen, 0,55—0,60, Butter 1,90 bis 2,30, Margarine 0,55—0,70 d. Pfund, Eier das Stück 0,14—0,16, Salzheringe 0,06—0,12, Kartoffeln 10 Pfund 0,38—0,42.

Strassenbahn	0,15	Postk Ort 0,03, Fern u Oest	0,05
Hochb II 0,15-0,20, III	0,10-0,15	Ausl 0,20, Tschech.u.Ung	0,15
Stadtbahn . II 0,25, III	0,15	Brief Ort 0,05, Fern u Oest.	0,10
Omnib Teilstr 0,15, g Str	0,20	Ausl 0,30, Tschech.u.Ung.	0,25
Telephon 0,15, Automat	0,15	Telegramme das Wort .	0,15
Rohrpost-Karte 0,35, -Brief	0,45	nach Ausland je nach Währung	

Ende des Reichstags?

Die parlamentarische Situation im Reichstage — Die große politische Debatte — Deutschnationale Steuersabotage — Auflösung oder Verlängerung?

Die Regierung hat Anweisung gegeben, daß die Wählerlisten bis spätestens 23. März in Stand zu setzen sind. Eine einfache und leicht verständliche Anordnung, da jetzt gegen den Schluß der Wahlperiode hin rechtzeitig alle nötigen technischen Vorbereitungen getroffen werden müssen, um in kürzester Frist die Neuwahlen ausschreiben zu können. Auf eine baldige Auflösung deutet sie an sich nicht hin; aber die Stimmung im Reichstage ist doch schon so nervös geworden, daß sich das Gerücht verbreiten konnte, das Ministerium beabsichtige, die Reichstagswahlen bereits am ersten Sonntag des April stattfinden zu lassen. Diese Absicht ist von einem Regierungsvertreter bestritten worden, von einer anderen Regierungsstelle aus ist später die Ableugnung so verklausuliert erfolgt, daß sie auch eine Bestätigung des Gerüchtes sein könnte. Auf jeden Fall sind Wahlen ernst im Mai oder Juni gar nicht sicher. Schon heute oder morgen kann im Reichstag ein Konflikt entstehen, der die Auflösung nach sich zieht.

Im Reichstage selbst wechselt die Stimmung wie ein Kaleidskop. In der einen Stunde redet man davon, Herr Stresemann habe das infernalische Komplott ersonnen, den Reichstag noch bis zum Herbst zusammenzuhalten. Die olle ehrliche „Kreuzzeitung", seit altersher die erprobte Hüterin demokratischer Volksrechte, hat daraufhin ein kapitolinisches Geschrei erhoben, und schon morgen können wir sicher in der Landbundpresse neben der Behauptung, daß Herr Helfferich der Papa der Rentenmark ist, die Feststellung lesen, daß nur die wackere „Kreuzzeitung" dem Volke sein Recht auf baldige Neuwahlen erstritten hat.

Inzwischen aber steht das Barometer aus anderen Gründen wieder auf Sturm. Die Sozialdemokratie hat, wie berichtet, zahlreiche Abänderungsanträge zu den Verordnungen der Herren Luther und Emminger eingebracht, sie betont aber fast ängstlich den sachlichen Charakter dieser Anträge. Anders die Deutschnationalen, die bewußt auf Auflösung des Reichstags hinarbeiten. Sachliche Anträge wären für die deutschnationale Demagogie das Ende ihrer Schwindeleien für den Hausgebrauch des kleinen Mannes. Dann würde die Partei der Inflationsgewinnler und der Landbarone sofort in ihrer Unwahrhaftigkeit entlarvt. Denn sie will allen Besitz vor Steuern schonen und trotzdem bringt es diese gewissenlose Partei fertig gleichzeitig den Beamten vorzuschwindeln, daß sie gegen den Abbau und gegen die Gehaltskürzung sei. Offenbar sollen dann die Beamten statt mit Geld mit Hergtschen Prophezeiungen oder Helfferischen Ehrenwörtern bezahlt werden. Herr Hergt prophezeite bekanntlich, daß die deutsche Kriegsanleihe das sicherste Papier an der Weltbörse werden würde, und Herr Helfferich meinte, daß der Staat mit allen seinen Aktiven für die Kriegsanleihe hafte und daß die Feinde die Bleigewichte der Kriegsentschädigung zu tragen hätten. Es soll sogar noch geistig Minderbemittelte geben, die trotzdem hinter Herrn Hergt und Helfferich herlaufen.

Im Reichstage haben es sich die deutschnationalen Demagogen leicht gemacht. Sie beantragen, die ganze dritte Steuernotverordnung in Bausch und Bogen aufzuheben. Vorher hatten sie schon die Aufhebung der Abbauverordnung als Antrag eingebracht. Keine Steuern, dafür aber keine Ersparnisse! Es ist ein trübes Zeichen für unser unpolitisches Volk, daß eine Partei es wagen kann, eine solche geist- und gewissenlose Opposition zu treiben. Es ist ja nicht anzunehmen, daß die deutschnationalen Anträge im Reichstage Annahme finden. Immerhin wäre es denkbar, daß einige Anträge der Sozialisten angenommen werden und daß die Regierung darin einen Konfliktsfall sieht.

Vor allem muß man auch erwarten, daß die Mittelparteien den neuesten Abbauplänen des Herrn Jarres mit aller Schärfe entgegentreten. Wenn das Kabinett wirklich den Vorschlägen des Monarchistentrios Lewald-Welser-Busch folgt und alle Demokraten und Sozialisten im Reichsministerium des Innern abbaut, dann kann das doch unmöglich von den Mittelparteien ruhig hingenommen werden! Selbst nicht auf die Gefahr einer Reichstagsauflösung!

Frau v. Oheimb kandidiert nicht mehr zum Reichstag

Wie die „Magdeburgische Zeitung" erfährt, hat sich Frau v. Oheimb entschlossen, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen nicht zu kandidieen. Die Gründe sind teils sachlicher, teils persönlicher Natur. Frau v. Oheimb hat gegen das Reichstagswahlrecht in seiner jetzigen Form die lebhaftesten Bedenken. **Die Hoffnung, es werde durch eine schleunige, einschneidende Reform das Verhältnis zwischen den Wählern und dem Kandidaten wieder persönlicher und unabhängiger von der Parteimaschine werden, scheint sich, nach den letzten Meldungen, nicht mehr erfüllen zu wollen, und so hat Frau v. Oheimb wenig Neigung, unter dem gegenwärtigen System, das nur wieder ein politisch unzureichendes Parlament zu bringen droht, sich am Wahlkampf zu beteiligen.** Sie glaubt, andere Zeiten, die vaterländischer Arbeit im Parlament günstiger sind, abwarten zu sollen. An persönlichen Momenten kommt hinzu, daß Frau v. Oheimb in ihrer politischen Wirksamkeit sich keineswegs auf ein Reichstagsmandat angewiesen glaubt. Sie hält ihre politische Stellung in Berlin für so gefestigt, daß sie in voller Unabhängigkeit vielleicht noch nachdrücklicher wirken zu können glaubt, als es in den gegenwärtigen parlamentarisch zerfahrenen Verhältnissen möglich ist.

Schnelldienst

Der amerikanische Fliegerleutnant MacReady hat in seinem Flugzeug einen Welthöhenrekord von 12494 Metern aufgestellt.

Der Belagerungszustand über das Pirmasenser Gebiet ist bis zum Monatsende verlängert worden.

Nach einem Beschluß des polnischen Ministerrates werden die Staatsbeamtengehälter für den Monat März um 2 Prozent gekürzt.

Gestern wurden im Palazzo Chigi von Mussolini und dem südslawischen Gesandten Antoniewitsch die Ratifikationsurkunden ausgetauscht.

Der englische Dockarbeiterstreik wird noch bis Montag fortdauern.

Die englische Regierung beabsichtigt den Plan der amerikanischen Behörden aufzunehmen und eine Luftexpedition nach dem Nordpol zu entsenden.

Der sowjetrussische Geschäftsträger in London Rakowski hat London verlassen und sich nach Moskau begeben.

In Indien kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen aufständischen Eingeborenen und englischen Soldaten.

An der spanisch-französischen Grenze trat ein kurzes Erdbeben auf.

In Polen rechnet man mit einer neuen Regierungskrise.

5000 englische Bergarbeiter haben beschlossen, die Arbeit einzustellen, falls man ihnen nicht die geforderte Lohnerhöhung zusagt.

Die Völkischen und die deutsche Republik

Von

Dr. Hans Wolf-Leipzig

Das von General Seeckt vor einigen Monaten ausgesprochene Verbot der radikalen Parteien hat es nicht verhindern können, daß der deutsche Politiker heute mit den Völkischen ebenso rechnen muß wie mit den Kommunisten. In Thüringen und Mecklenburg hat die Deutschvölkische Freiheitspartei bei den letzten Wahlen nicht zu unterschätzende Anfangserfolge errungen. selbst im industriellen Sachsen konnten die Völkischen bei den vor einigen Wochen abgehaltenen Gemeindewahlen eine beträchtliche Anzahl von Stimmen auf ihre Liste vereinigen. Daß in Bayern die Nationalsozialisten bei den demnächst stattfindenden Landtags- und Gemeindewahlen ähnlich abschneiden werden wie in Mecklenburg, ist vorauszusehen. Es wäre grundfalsch, vor diesen Tatsachen die Augen zu verschließen. Die völkische Bewegung ist da, und es ist notwendig, sie als ernst zu nehmenden politischen Faktor zu betrachten. Man stellt sich in dieser Zeit unwillkürlich die Frage, ob denn das Anwachsen der völkischen Bewegung eine Gefahr für die deutsche Republik werden könne.

Diese Frage ist unter allen Umständen zu verneinen. Die deutsche Republik wird nicht stärker gefährdet sein als in den vergangenen Jahren, wenn demnächst im Reichstag und in allen Landes- und Gemeindeparlamenten die Völkischen vertreten sind. Im Gegenteil, die Republik kann es nur begrüßen, daß sich die Deutschvölkischen endlich zum vielgeschmähten Parlamentarismus durchgerungen haben. Man soll die nationalsozialistischen Führer ruhig reden lassen, wenn sie z. B. in Bayern erklären, sie wollen einen neuen Typ des Abgeordneten schaffen. Es ist schon viel gewonnen, wenn die deutschvölkischen Agitatoren sich in den Parlamenten austoben können, statt daß sie nur in ihren Zirkeln, wo ihnen gewöhnlich niemand widerspricht, ihre rein negative, zersetzende Tätigkeit ausüben. In den Parlamenten werden sich stets Männer finden, die den rechtsradikalen Uebertreibungen entschlossen entgegentreten. Die völkischen Abgeordneten werden ferner, wenn ihnen die Wähler nicht davonlaufen sollen, gezwungen sein, positive Arbeit zu leisten. Eine neue Partei, die mit dem ausgesprochenen Zweck, das bisherige „verlotterte parlamentarische System" zu reformieren, in die praktische Politik eingreift, wird mit der reinen Kritik keinen Eindruck mehr machen; sie muß zeigen, daß sie ihr Handwerk besser versteht als die anderen. Wenn die Völkischen politische Aufgaben erst einmal in der Wirklichkeit, nicht nur im Raum der Abstraktion lösen müssen, dann werden sie es sehr bald erfahren, daß mit dröhnenden Worten in der Politik nichts getan ist, weil man auch auf diesem Gebiete nicht mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts kommt. Ludendorff und Hitler haben es sehr schnell erfahren, daß es sehr leicht ist, mit dem „Marsch nach Berlin" zu drohen und Putschpläne auszuarbeiten, daß es aber doch nicht so einfach ist, die Republik zu stürzen. Die Deutschnationalen in Mecklenburg haben jetzt schon Bedenken dagegen, mit ihren völkischen Gesinnungsfreunden eine Regierung zu bilden. Die feudalen Rittergutsbesitzer wollen sich eben mit den Völkischen, die bei den Sozialisten gewisse Anleihen gemacht haben, nicht allzuweit einlassen. Im neuen thüringischen Landtag haben die Rechtsparteien die absolute Mehrheit, es soll aber dennoch nur ein Geschäftskabinett gebildet werden, weil es auch dort zu keiner Einigung zwischen den deutschnationalen Grundbesitzern und den Nationalsozialisten gekommen ist. Die neugewählten Abgeordneten der Freiheitspartei haben in Thüringen sogar darum gebeten, daß ihnen im Landtag ihre Sitze nicht rechts von den Deutschnationalen, sondern rechts von der Sozialdemokratie angewiesen werden. Diese Beispiele zeigen, daß die Einigkeit zwischen den Deutschnationalen und Deutschvölkischen nicht so fest ist, wie man es glauben möchte, und daß eine reine Rechtsregierung, wenn sie irgendwo im Reich Wirklichkeit werden sollte, wahrscheinlich ebenso rasch auffliegen würde, wie die sozialistisch-kommunistischen Kabinette in Sachsen und Thüringen.

Die deutschen Republikaner können den Einzug der Völkischen in die Parlamente mit Ruhe entgegensehen. Die völki-

Der Schreckenstag von Pirmasens

Amtliche Darstellung der Vorgänge vom 12. Februar — Der Sturm auf das Rathaus — Keine Beteiligung rechtsrheinischer Nationalisten

Pirmasens, 23. Februar.

Ueber die kritischen Vorgänge in Pirmasens geht W. T. B. folgender amtliche Bericht zu:

Am 12. Februar, 11 Uhr vormittags, standen etwa 20—30 bessere Bürger aus der Stadt Pirmasens vor dem Verlage der „Pirmasenser Zeitung", um ihre Zeitungen abzuholen, die etwa drei Wochen verboten gewesen war; an diesem Tage sollte die Zeitung einer Ankündigung zufolge zum erstenmal wieder erscheinen.

Nachmittags sprach eine Abordnung der Bürger bei dem französischen Bezirksdelegierten Fenoul vor und fragte ihn, wie er sich zu den Separatisten stelle und wann sie abziehen würden. Der Bezirksdelegierte erklärte, ihn gingen die Separatisten nichts an; er werde sich nicht mehr um sie bekümmern. Darauf stellte ein Bürger namens Gießler im Auftrage der Bürgerschaft an die Separatisten fernmündlich die Aufforderung, Pirmasens zu verlassen. Die Aufforderung wurde fernmündlich gestellt, damit der separatistische „Bezirkskommissar" Schwaab keine Geiseln zurückbehalten könnte. Schwaab gab die Antwort, er ziehe nicht ab. Nach einer Stunde wurde Schwaab nochmals aufgefordert, abzuziehen. Er gab jedoch, obwohl ihm freies Geleit und Schutz zugesichert worden war, einen ablehnenden Bescheid. Inzwischen sammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Bezirksamtsgebäude an, die erregt den Abzug der Separatisten verlangte.

Diese erwiderten die Aufforderung mit Schüssen aus Karabinern und Revolvern und durch Werfen von Handgranaten, wodurch drei Personen getötet und sieben bis acht verwundet wurden.

Daraufhin läutete die Bevölkerung Sturm, worauf die Feuerwehr anrückte. Zu gleicher Zeit wurde in dem Viertel um das Bezirksamtsgebäude herum das elektrische Licht abgeschaltet, um den Separatisten, die nunmehr ein Salvenfeuer abgaben, kein genaues Ziel zu geben.

Die Feuerwehr begann sofort auf das Bezirksamtsgebäude zu **spritzen, doch blieb es zwecklos**, da die Wasserstrahlen nicht einmal die Fensterscheiben einzudrücken vermochten. Auf Befehl der Franzosen mußte die Feuerwehr dann wieder abrücken. Als dann bekannt wurde, daß Dr. Anstädt in Ausübung seines Berufs als Arzt durch eine Separatistenkugel getötet worden war und die Zahl der Verwundeten sich erhöht hatte, bemächtigte sich der Bevölkerung eine ungeheuere Wut. Die rechtmäßigen Besitzer von Waffen wurden von der Bevölkerung aufgefordert, ihre Waffen herbeizuholen und dafür zu sorgen, daß die Separatisten nicht mehr aus dem Gebäude heraus schießen konnten. Die Separatisten erwiderten zwar das Feuer aus dem Gebäude heraus, doch konnte die Bevölkerung jetzt an die Vorderfront des Gebäudes heranrücken. Ein Eindringen war noch unmöglich, da die Separatisten die Eingänge stark verrammelt hatten.

Die Menge warf deshalb durch die Fenster des Erdgeschosses brennbare Stoffe, wie Benzin, Asolin, Pech usw. in das Gebäude und zündete die Stoffe an, um die Separatisten auszuräuchern und sie zur Uebergabe zu zwingen.

*

Bei dieser Pfalzerhebung war aber auch kein rechtsrheinischer Nationalist, wie die französischen Blätter wahr haben wollen, zugegen. Am Morgen des Schreckenstages vielmehr dachte noch niemand an einen solchen Ausgang. Die Bevölkerung ist der Ansicht, daß sie nur aus Notwehr gehandelt hat.

Wir sind von der Bürgerschaft in Pirmasens beauftragt, die Regierung zu bitten, sie möge bei den zuständigen Stellen dahin vorstellig werden, daß die verhafteten Bürger von Pirmasens baldmöglichst wieder frei gelassen werden. Viele davon waren an den Vorgängen überhaupt nicht beteiligt. Wer aber beteiligt war, hat nur aus Notwehr gehandelt. **Die Verhafteten werden von der Kriminalpolizei zum Teil in unmenschlicher Weise mißhandelt.**

(Es folgen dann die Unterschriften Pirmasenser Bürger.)

a